Ergebnisse der Diskussion zum Thema „Lust auf Morgen“ in der Versammlung am 8.8.2018 in Lüneburg

Unsere gesamte Arbeitswelt befindet sich im Umbruch. Die Digitalisierung löst einen umfassenden Strukturwandel aus. Millionen Menschen in qualifizierten Berufen, wie zum Beispiel Bank-, Versicherungs-, Groß- und Einzelhandelskaufleute oder Arbeitnehmer in beratenden Berufen fragen sich besorgt, ob sie in den nächsten 10 Jahren noch ihren bisherigen Lebensstandard, d.h. ihr Einkommen (sie sind in der Regel im mittleren Einkommenssegment) im erlernten Beruf verdienen können.

Wir sind überzeugt davon, dass die Partei, die diesen Menschen eine realistische Aussicht für die Zukunft aufzeigen und durch konkrete Aktivitäten glaubhaft machen kann, mehrheitsfähig wird. Damit das unsere Partei, die SPD ist, empfehlen wir folgendes.

- Aufbauend auf die vielfältigen Aktivitäten in „Experten-Gremien“ sollte eine gezielte, klug dosierte, vor allem aber auch erklärende allgemeine Informationskampagne über die mit der Digitalisierung verbundenen Änderungen durchgeführt werden. Ziel ist, im Rahmen von Chance Management, eine nachvollziehbare Begründung zu liefern, warum die Veränderungen angenommen werden sollen.

- Die Digitalisierung ist nicht aufhaltbar. Sie wird weitgehend von Technik und Wirtschaft bestimmt. Deshalb sollte der Fokus der Politik auf die Gestaltung konzentriert werden. Obwohl es eine im Wesentlichen international gestaltete Entwicklung ist, sollten nationale Gestaltungsmöglichkeiten geschaffen und genutzt werden. Es sollten konkrete Vorstellungen für diesen gestaltenden Einfluss entwickelt und mit deren Verwirklichung begonnen werden.

- Den heute berufstätigen Menschen sollten berufliche Sicherheiten realistisch in Aussicht gestellt werden. Die plakativen Aussagen der Statistik, dass neue Berufe und Arbeitsplätze entstehen, genügt dazu genau so wenig wie die Bemühungen für mehr Bildung junger Menschen, die Ausstattung der Schulen mit Computer und was derzeit noch so im Gespräch ist. Es gilt Chancen aufzuzeigen und für deren Nutzung zu werben. Aktivitäten in der Grundbildung, so wichtig sie sind, genügen nicht. Altersgerechtes lebenslanges Anpassen an die Veränderungen sollten ermöglicht und gefördert werden. Für die Mehrzahlt der Menschen kommt es nicht auf die Entwicklung oder das Verstehen neuer Programme an, sondern auf deren Anwendung.

- Die veränderten Arbeitsformen und -bedingen sollten so gestaltet werden, dass sie den menschlichen Bedürfnissen besser gerecht werden, als das die herkömmliche Arbeitsstruktur geboten hat. Mögliche Vorteile einer digitalisierten Arbeitswelt sollten den berufstätigen Menschen zu Gute kommen. Hierzu werden politisches und gewerkschaftliches Engagement in großem Umfang notwendig sein. Dies muss gezielt angestrebt werden. Das würde die Akzeptanz der Veränderungen erleichtern.

Die dafür eingesetzten Gelder wären Investitionen in die Zukunft. Wenn dafür die Haushaltsmittel von Bund, Länder und Kommunen nicht ausreichen würden, müsste die Schuldenbremse in Frage gestellt und ggf. aufgegeben werden. Das gilt auch für die zweite Empfehlung, die nachstehend präsentiert wird.

Eine Wohnung gehört zu den Grundbedürfnissen jedes Menschen. Viele, nicht nur junge Familien, sondern auch viele ältere Menschen, suchen eine bezahlbare Mietwohnung und finden keine mehr. Jahrzehntelang wurde der soziale Wohnungsbau vernachlässigt. Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand wurden privatisiert und werden aktuell immer noch verkauft. Das was an Sozialwohnungen neu gebaut wird, reicht in einigen Bundesländern nicht einmal aus, um die Anzahl an Sozialwohnungen, die aus der Mietpreisbindung fallen, auszugleichen. Deshalb sollte unsere Partei dafür eintreten und mobilisieren, dass

- der Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand verboten wird. Mögliche daraus resultierende finanzielle Bedrängnisse einzelner Kommunen sind aus Bundes- oder Landesmittel angemessen auszugleichen.

- Anstatt privaten Investoren Steuergelder in Aussicht zu stellen, sollten die öffentlichen Mittel dafür genutzt werden, dass kommunale Wohnungsbaugesellschaften mit Bindung an den Bau von Sozialwohnungen gegründet und dauerhaft betrieben werden. Entsprechend geförderte Genossenschaftsmodelle wären auch denkbar.

Siegfried Kubiak
Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus Lüneburg
Immenkorb 26, 21397 Barendorf
Telefon: 0151/5907 4841
E-Mail: S.Kubiak@t-online.de